

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

70 (23.3.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-433035](#)

Die Republik erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis bei Dorfmühlung für einen Monat einschl. Sonderheft 4.- Mark, bei Abholen von der Expedition 3.60 Mark, durch die Post bezogen vierjährlich 11.00 Mark, monatlich 3.70 Mark auschl. Beleßgeld.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 55

Rüstringen, Dienstag, 23. März 1920 * Nr. 70

Preis 20 Pf.

Bei den Inferniten wird die einsame Kleinstadt oder deren Raum für die Inferniten in Rüstringen-Wükelsmühlen und Umgegend, sowie der Platz mit 70 Pf. berechnet, für auswärtige Inferniten 80 Pf., der Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamanzelle 3.- Mk. Postkardschärfen unverzichtbar.

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 1265

Ruhe in Berlin!

Die Beamten.

Der Beamte befand sich unter dem alten System in einem Staat weitgehender politischer und sozialer Rechtlosigkeit. Ein Koalitionsrecht bestand für ihn so gut wie gar nicht, und in der Ausübung seiner Staatsbürgerechte war er aufs strengste gebunden, sich nur in „staatsbedienender“ Weise zu betätigen. Die Revolution hat alle diese Ketten gebrochen. Und doch ist heute ein großer Teil des Beamtentums nicht bereit, für die Errungenheiten der Revolution einzutreten, sondern schlägt sich auf die Seite derser, die gegen die Republik und gegen die Volksregierung Sturm laufen. Ihre neugewonnenen Rechte wenden die Beamten gegen diejenigen an, die sie ihnen gegeben haben, und sie, die angeblichen Hinter der Staatsautorität, lassen vielfach Blödsinn annehmen, der deren Erfüllung nach der freieheitsliebenden Regierung von ihren Beamten verlangt. Gewiss muss auch dem konserватiven oder monarchisch getauften Beamten die volle Gewissensfreiheit zugute kommen, die eine Errungenheit der Revolution ist. Wie der Beamte wohl, welche Stellung er außerhalb des Dienstes in Wort und Schrift zu den öffentlichen Angelegenheiten eintreten geht, seine Vorgesetzten und die Regierung nichts an. Wenn aber ein Beamter im Dienst gegen die Regierung steht, wenn er ihren Willen schadet; und die vom ermittelten Anordnungen nicht in dem Geiste auffaßt, in dem sie gegeben sind, so erzeugt er sich als unfähig. Vollstraf des Staatswillens zu sein, und als unwürdig des Vertrauens, das die Regierung ihm schenken muss. Unter dem alten System war das Gefühl für die absolute Unauskönnlichkeit derartiger Dinge in der Beamtentum sehr unverordentlich stark; heute ist es in erstaunlichem Maße schwunden. Diese Tatsache, wie überwältigt die feindliche Haltung weiter Beamtenkreise gegenüber der Revolution, der doch gerade die Beamte so vielfach verdanke, bedarf einer besondern Erklärung.

Wenn der alte Staat den Beamten unfrei gemacht hat, wenn er ihm vielfach nur ein förmliches Auskommen gewährte, so hat er ihm auf der anderen Seite allerdings etwas gegeben, was die soziale Republik ihm nie zu nimmt und geben kann: nämlich das Recht, sich als etwas besser zu fühlen wie die übrigen Staatsbürger. Gewiss hat es immer Beamte gegeben, die auf dieses Recht kleinen Wert gelegt haben, die zufrieden waren, ihre Arbeit ebenso entzündet zu wissen, wie die aller anderen wertvollen Bürgerschaften. Aber ein großer Teil nicht nur der höheren Beamten, sondern auch der mittleren und sogar der unteren trug einen engbersigsten Hoffnungsstolz zur Schau, und dass dieser Hoffnungsstolz zum Stolz anerkannt und unterschied wurde, erschien ihnen vielfach als sein zu niedriger Preis für die Vorexaltung Staatsbürgler und sozialistische Rechte. In der Republik war eine solche Anerkennung ganz unmöglich. Schon allein die Tatsache, dass nunmehr die höchsten Posten der Beamtentum, die Ministerstellen, Leuten zustehen, die nicht aus der Beamtenlaufbahn, also sogar vielfach aus dem als minderbewertig angesehenen Handarbeiterstande hervorgegangen waren, war dem Standesdünkel überaus peinlich. Und dieser Standesdünkel nahm nicht ab, sondern er wuchs. Als im Laufe des letzten Winters und Frühlings die junge Republik den höchsten Erstürmungen ausgesetzt war und in einzelnen Gebieten eine ordnungsgemäße Regierung zeitweise über kurz und klein mehr bestand, da arbeitete das Beamtentum ohne Rücksicht auf die jeweiligen politischen Verhältnisse, auf die jeweilige Befestigung der Regierung rüsig vor und zweifellos ist gerade durch diese Weiterarbeit der Beamtentum der völkige Zuwiderbruch verhindert worden. Als nun die Zeit vorüber war, da fühlte sich das Beamtentum als der eigentliche Retter des Staates, als die Säule, die allein im Wechsel der politischen Dinge stehen gedacht war und das Gemeindegeist gefüllt hatte.

Dabei hatten die Beamten doch nur ihre Pflicht getan und übrigens auch in ihrem eigenen Interesse gehandelt, wenn sie den Staat nicht im Stiche ließen: es war das gewiß nichts, wofür sie billigerweise besondere Vorrechte in Anspruch nehmen konnten. Es muß auch hier wieder betont werden, daß ein großer Teil der Beamten das auch wirklich nicht ist; bei anderen Gruppen aber — und unter den höheren Beamten ist dies leider die Mehrzahl — stieg das übertriebene und durch die Ereignisse geradezu ins Maßlose gestiegerte Standesbewußtsein mit dem Gescheit und mit den Einrichtungen der demokratischen Republik zusammen, die auf der Gleichheit der Rechte aller aufgebaut ist und in der die Regierung nur in den Händen der politischen Vertrauensmänner der Volksmeiheit, nicht aber bei unpolitischen Bureaukraten stecken kann. Und so wurden weit Schichten der Beamtentum gegen die Republik und den Regierung. Und weil sie im Bewußtsein ihrer Fachkunde glaubten, auf die Minister, denen solche Spezial-

Zwei gelöste aus Berlin eingetroffene Telegramme haben folgenden Wortlaut: Der über das Gehalt des Reichswehrgruppenkommandos I verfügte verschließt Belagerungszustand in Sonnabend nachmittag aufgehoben werden.

Zusätzlich mitteilt werden die Verhandlungen in Berlin zwischen den einzelnen Koalitionsparteien, der S. P. D. und U. S. S. R. über ein erfolgreiches Bündnis mit folgendem Ergebnis: Die Reichs- und Staatsräte haben vereinbart, Post, Polizei und Feuer leihen nicht wieder. Rücksicht und Kompromitt sollen sofort vom Reich übernommen werden. Reichsverband und Kriegsamt genehmigen weiterhin Belagerungszustand vorher bestätigt mit dem Gesetz zu nehmen. Bestrafung der Verdächtigen an den Reichs- und Staatsräten über Vermögen, Beurteilung der Angestellten und Beamten umfassend bei Bestrafung der Begünstigten und Bevorzugten am Ende der Militärbehörden. Haftanstalt eines

Die amwährenden Vertreter der Regierungsparteien vereinfachten sich, bei ihren Praktiken für folgende Römischungen einzutreten:

1. daß bei der Neubildung des Kabinetts sowohl im Reich wie in Preußen die Parteien in engster Gemeinschaft und noch Verständigung mit dem deutschen Gewerkschaftsbund und allen beteiligten Organisationen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten handeln und doch ihnen ein entschiedener Einfluß auf die Regierung unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung eingeräumt wird;
2. daß die sofortige Entfernung und Verhaftung aller auf dem Partei und den militärischen Ereignissen im Berlin Schuldigen sowie der Beamten, die von der Regierung Bopp zur Verfügung stellt werden, soll, sofern sie keinen einzigen Fehler oder Schwäche, oder Verstößen und Verbrechen der Regierung oder Regierungskreisen aufweisen;
3. die Einführung einer allgemeinen Dienstverpflichtung aller nachgehenden Arbeitsorganisationen unter direkter Regierung und Schaffung einer sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag;
4. sofortige Ausbildung einer sozialpolitischen Ausbaupolitik unter der Beteiligung und Schaffung einer sozialpolitischen Kommission;
5. sofortige Annahme des Socialismus unter Beseitigung der bestehenden Klassenunterschiede;
6. Sofortige Einführung der sozialdemokratischen Reform unter Führung der Gewerkschaften;
7. Sofortige Annahme der Socialisation der Eisenbahn und aller dafür reichen Mittel;
8. Sofortige Beseitigung der sozialistischen Kommision. Das Rohr- und das Eisenbahnminister sollen auf das Reich übergehen. Sofortige Einschränkung der Socialisationskommision. 8. Wirtschaftsförderung, gewerbliche Entwicklung der verfügbaren Ressourcen, Unterstützung der Gewerkschaften durch Förderung der Abholerungsverpflichtung durch Gründung von Lieferantenverbänden und Verbesserung von schweren Strafen bei misslicher Verletzung der Verpflichtungen;
9. Aufstellung aller der Beschäftigten nicht nur gebildeter Gewerkschaften unter Fortsetzung der Normalarbeiten und Erziehung aus Kreisen der sozialistischen revolutionären Partei und Fortbildung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurückhaltung irgendwelcher Streiks. Redaktionen und Gewerkschaften sollen unangetastet bleiben.

Über die Frage der Amnestie aller politischen Häftlinge am 1. April 1920 wird der Ausschütt der politischen Gefangenen zum 1. April 1920 abgestimmt. Die Verhandlung ist aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Veränderungen werden im Unterkomitee der Reichsparteien, der Union, Konservativen und der Kommunisten stattfinden. Der Generalausschuss hat sich noch ermäßigt, sich aber das Recht vorbehalten, die Regierungspartei und die Reichsregierung bereit zu stellen, dass eine Generalamnestie sofort absolviert wird, und es kann dann wieder am 1. April 1920 die Häftlinge in Berlin allgemein wieder aufgenommen werden.

Amerikas Weigerung.

Der amerikanische Senat hat die Ratifikation des Versailler Friedens abgelehnt. Der Korrespondent des Daily Chronicle in New York meldet, Präsident Wilson werde nächstens unmittelbare Verhandlungen mit Deutschland um Wiedereinführung eines Sonderfriedens anstreben. Wahrscheinlich werde er von den Alliierten verlangen, daß sie den Vereinigten Staaten ihre Rechte im Friedenvertrag von Versailles befehligen. An den Friedenverhandlungen mit der Tschechei würde sich die Union nicht beteiligen, sich aber das Recht vorbehalten, Sonderverhandlungen mit Österreich und Ungarn anzutunnehmen.

Das Echo de Paris meldet aus Washington, daß der Senat bereit sei, wenn der Friede endgültig abgelehnt sei, eine Entscheidung anzunehmen, worin ausgetragen wird, die Vereinigten Staaten seien bereit, in dem Falle, wenn die Freiheit und der Friede Europas bedroht seien, sofort die Alliierten militärisch zu unterstützen.

Zur Lage.

Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Gewerkschaftsbund, der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung sind beendet worden. Der Beschuß, der gesetzt wurde, lautet folgendermaßen:

vorbildung natürlich segt, herabsetzen zu dürfen, darum meinten sie diesen Leuten auch nicht all das schuldig zu sein, was sie gegenüber der alten Regierung als ihre schändliche Pflicht betrachteten hatten. Aus diesem Grunde heraus erklärt es sich, daß die deutsche Republik und die deutschen Freiheitsmänner einen großen Teil ihrer Beamten nicht als außerordentliche Organe betrachten können, sondern in ihnen heimliche oder auch offene Feinde sehen müssen — ein Zustand, der natürlich die außergewöhnlichen Gefahren für das ganze Volk mit sich bringt.

Die politischen Körperschaften der letzten Woche verlangen, daß, wie die Offiziere, so auch die Beamten auf ihre Zuerwerbsmöglichkeit hin geprüft werden. Wer meint, daß er es mit seinem Gewissen nicht in Einklang bringen kann, der hat unseres Erachtens eben die Konsequenzen aus diesem Konflikt zu ziehen. Offene oder verborgene Feinde kann die Demokratie am wenigsten in den möglichen Stellen gebrauchen. Hier wird ein Aufkommen unvermeidbar sein.

Die Befürchtungen, die man im Hinblick auf den von der Regierung verlangten verschärfte Belagerungszustand über Berlin beginnen könne, haben sich glücklicherweise nicht bestätigt, und fest steht hat die Reichsregierung die die beständige Verordnung züglichig gemacht. Die Anordnung der Verhängung zwischen der Arbeiterschaft und den Regierungsparteien hat sofort außerordentlich, beständig in Berlin gewirkt. Bereits am gestrigen Sonntag ist die Regierung darüber übereinstimmig verhandelt, indem schon vorher einige Minister vorbereitet waren. Das Reichsministerium wird sich vor neuen schweren Aufgaben sehen, machen doch die mit den Gewerkschaften vereinbarten Bedingungen ein schärferes Vorschriften und einen des politischen Kurses als bisher erforderlich. An ein Entgegenkommen gegenüber den Bedingungen der Rechtsparteien dürfte kaum zu denken sein. Die Konfrontierung der Regierungsparteien wird noch ein- und zwei Tage dauern. Sie wird umso schneller vor sich gehen, je rascher die Ruhe im Reich hergestellt ist. Hier liegt die Dinge so, daß lediglich an einen Kom-



Kino - Rundschau der Vereinigten Lichtspiele

Einen Bombenerfolg hatten wir in allen vier Theatern:
Nur noch heute in **Coloseum-Lichtspiele**
Der gr. Sensationsfilm mit **Stuart Webbs: Das Mitternachtsschiff und Die Tochter der Strasse**

Ab Dienstag die grosse Überraschung! Der berühmte Detektiv **Max Landa in: Auf Leben und Tod**: **Central-Lichtspiele**

Ein Waggon prima
Futterwurzeln
**Zentner 29 Pf.
Abgabe am Güterbahnhof hinter
Geschäftsgebäude Leberecht.**
Werft Wohlfahrts-Verein

Nordenham:

Da wir die Zukunft kein Ende mehr zur Verstellung lassen, wird nachhaltig darauf hingewiesen, dass die jungen Jungensfreunde und erwachsene Spezialangestellte, die nach einem Spag geben haben, diesen am 19. d. M. beim Kaufmann D. Bölscher, Wilhelmstraße, abholen müssen. Nach diesem Termin geht der Auftrag an den Siedlungsbau.

Freitagabend, den 13. März 1920.

(16015) Städtisches Wirtschaftsamt.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelmarken wird folgendes sein: alte Leute, Eltern, werdende und kleine Kinder, erfolgt am Mittwoch, den 24. d. M., nachdem von 2½ bis 3½ Uhr, für die Bürgervorsteher U-Q, Freitag, den 26. d. M., nachdem von 2½ bis 3½ Uhr, für die Bürgervorsteher R-Z im südlichen Wirtschaftskreis, Kürz. Straße, 24, 25 und 26 im Süden der Städte Oldenburg, Nienburg-Nienk., Freitag den 26. d. M., vorm. von 10 bis 12 Uhr im Saal des Goliath's Schule.

Bei Abholung dieser Karten zu einer anderen Zeit wird die bekannte Verdammungsgebühr erhoben.

Nordenham, den 22. März 1920.

(16012) Städtisches Wirtschaftsamt.

Blecken.

Auf einem Beschluss des Gemeinderats sollen die drei Zweige der Beauftragtenpflichten und für die Versorgung des Überbaus folgende finanzielle Beitrag aufgebracht werden:

Former können die Zuschläge zur Gemeindesteuer anstatt für 12 Monate für 11 Monate, also für jetzt vom 1. Mai 1919 bis 31. März 1920 zur Leistung gebracht werden:

50 Prozent der Staats-Gemeindesteuer und 50 Pf. pro 1000 Mk. bei gemeiner Werde.

Die Leistungsergänzung liegen von 20. d. M. an 14 Tage vor Einsicht und Einbringung von Bewilligungen aus. Neue Steuerzeit ist in diesen Tagen aufgestellt.

Großenschenken, den 18. März 1920.

(H. C. Böling)

Ein nachdrücklich ergeholteter Vorantrag für die Gemeindekasse für das Leistungsjahr 1. Mai 1919-20 liegt von heute an 14 Tage zur Einsicht aus.

Großenschenken, den 18. März 1920.

(H. C. Böling)

Jedolige Leistungsregelung:

- über eine Stiebhütte nach der Stückzahl des Rindviehs (pro St. 1000 Mark).
- Über Beiträge zur Bevölkerungsfreihaltung.
- Über Beitrag zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Handwerkskammer.
- Über Handelsbehörde.

liegen vom 20. d. M. an 14 Tage zur Einsicht und Einbringung von Bewilligungen aus.

Großenschenken, den 19. März 1920.

(H. C. Böling)

Für die Leistung von Steuern werden folgende Zinsen angefordert:

- Zinsen für Langen Schuhwe am 27. März d. J. von 5% bis 6% ab dem 5. April.
- Über Beiträge zur Bevölkerungsfreihaltung Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Handwerkskammer.
- Über Handelsbehörde.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Holzproduktversicherung.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.
- Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.

Großenschenken, den 19. März 1920.

(16016) Gemeindeamt Stegen.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelmarken wird folgendes sein:

Zugangschein für die Tropföpfen am 27. März d. J. von 5% bis 6% ab dem 5. April.

Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft Oldenburger Landkreis und zur Landwirtschaftsversicherung.

Über Beitrag zur Gemeindewerkschaft.

Großenschenken, den 19. März 1920.

(16016) Gemeindeamt Stegen.

Sogen.

Alle Druckwerke liefern Paul Hug & Co.

Monopol

Bennutz 500. Wilhelm Cuining. Bennutz 500.

Morgen Dienstag, den 23. März 1920:

44. Wunschnabend!

(S. Streichmusik), Monopol-Hauskapelle

9 Herren, Sotthen.

Beginn 7 Uhr abends. Eintritt frei.

Es lohnt ergebnis ein (16003) Wilhelm Cuining.

Jeden Tag, nachmittags 4 Uhr:

Koffee-Konzert

ADLER-THEATER

Während der Ouvertüre
bleiben die Saaltüren geschlossen!

Freitag, 20. März
Sonntag, 22. März
Samstag, 23. März
Dienstag, 26. März
Mittwoch, 27. März

Während der Ouvertüre
bleiben die Saaltüren geschlossen!

Endg 8 Uhr

TIEFLAND

Oper in 1 Vorspiel u. 2 Akten
von Eugen d'Albert.

Als Gäste:

Kammersänger PAUL STIEGLER und Herr
GEORG BECKER von Bremer Stadt-Theater —
MARY NIELSEN von der Kgl. Oper in Kopenhagen.

Der Vorverkauf beginnt am Dienstag, den 23. März 1920.

Preise der Plätze:	Sparplatz	Mit.
Orchester-Loge	Mit. 20,00	8,00
Rang-Loge	" 19,00	" 6,00
Rang	" 10,00	" 2,00
	Galerie	

Burg-Theater.

Montag, den 22., Dienstag, den 23. März,
abends 7.30 Uhr pünktlich:

Opern-Aufführung

FAUST!

(Margarethe)

Oper in 6 Bildern von Gouyou.

16017

Pünktlich um 7.30 Uhr abends werden
die Saaltüren geschlossen.

Scheuer-Pulver

bester Erfolg für Soda
Pulver 20 Pf.

Wenzel

Marktstr. 55 Mönkestr. 55

Gummistempel

werden sofort angerichtet.

Chr. Wochener
155001 Stempelstempel

Münster, Weidengasse

4

Maschinen-Oele Maschinen-Fette

und alle maschinentechnischen
Artikel liefern prompt u. billigst

Hansen & Gowers, Wilhelmshaven

Ferndr. 2004 Deichstr. 8 Ferndr. 2006

„Ohne Sorge“

Menstruationspulver
für erwachsene Haushalte von empfohlen als brauchbar. Vorzüglich bestimmt für allen Periodenbeschwerden. Originalsachschacht 3,00 Mk.

Drogerie

Hans Lülwes,
Rüstringen, Wilhelmshaven,
Strasse 32.

Gärber,
heim. Reinigungsanstalt
und Dammpflaster

Heine Wrede

Bremen 294, 11444
Dreipfennigstrasse 10.
Kultgrätz 10 Et. werden
schnell und leicht erledigt.
Herrn Böhnen, 2. am Markt
Markt, Bremen 46.

Wichtig, jeden Kunden!

Strunkentabol

garant. ohne Heilmittel
auf den Stängeln der Tabak-
Zubereitung des 1. und 2. Teils
1,50 Pf. nicht unter 1,00 Pf.
(abgerungen in 1/2 Pkt. 80 Pf.)
Sachgrätz, neutral. Dosis
gegen Radikale. (16009)
Albert Vielen, Lobs.
Str. 25, Bremen 46. Tel. 11350.
Günstig, ohne Zusatz.

Günstiger Anfang
verwendet. Ballen und
Säcke bei sehr feinen
Leder und Kleider mit
Rufirolo. Am viel tausend
Ballen günstig bewertet.
Ballen 2,00 Pf.
Paul Germs, Trop.

Elisabethbad Nordenham.

Elektro - galvanische
Behandlung

Maßgeb. Jurapunkt.

Gefühllos morgens 8-12 u.
nachmittags 3-7 Uhr.
Dienstag und Freitag
nur für Frauen.

Angebaut Tant
für alle Außensachen
anlässlich der Konfirmation
meiner Tochter Gretha
Jean E. COHABER Woe.

Für die vielen Kunden
Sachen für Konfirmation
meines Sohnes Willem
durchgängig preislich
durchgängig.

Sammlung Eben.
Bücherpreis 50 Pf.

für die vielen Gläub.
würde für

Danksagung.

für die vielen Kund
für die konfirmation
unterstützt. Sonder 1000 Pf.
J. Martens, Bremer

Geburtstag.

für die ersten Kund
auf die Konfirmation
auf die Konfirmation

für die ersten Kund
auf die Konfirmation